

Energiebrief 04/2020

Der Informationsdienst für energiepolitische Entscheider

Schwerpunkt 2

Krisenbewältigung: Stark durch die Krise

Auch die E-Wirtschaft kommt durch die COVID-19-Krise unter Druck. Nur eine starke E-Wirtschaft kann den Konjunkturmotor anwerfen, Erneuerbaren- und Klimaziele umsetzen und Arbeitsplätze schaffen.

Strom in Zahlen und Bildern 4

Mit Strom aus der Krise

Energiestandort 5

Netzreserve: Sichere Leistung auf der Reservebank

Mit dem Vorziehen der Maßnahmen zur Netzreserve hat die Regierung richtig gehandelt. Dennoch wird es künftig immer schwieriger, die Versorgungssicherheit umfassend zu gewährleisten.

Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz: Der verzögerte Countdown

Der Beschluss des EAG verzögert sich nun bis ins erste Quartal 2021. Das ist bedauerlich, verschafft dem Gesetzgeber aber die Chance, in Teilbereichen nachzubessern.

Termine 7

Seminar: Österreichs E-Wirtschaft kompakt

Oesterreichs Energie Kongress 2021

Über uns/Impressum 8

Sie finden die
Energiebriefe in
elektronischer
Form auch unter
diesem QR-Code:



Krisenbewältigung

Stark durch die Krise

SCHWERPUNKT

Die größte Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten hinterlässt auch in der E-Wirtschaft Spuren. Um den Aufschwung zu schaffen, braucht es eine starke E-Wirtschaft.

Sieht man sich die Herausforderungen der E-Wirtschaft an, muss sie künftig wohl in die Rolle der eierlegenden Wollmilchsau schlüpfen: Bei der Umsetzung der umweltpolitisch angesagten Energiewende ist sie der Manager des Wandels; bei der Finanzierung des Erneuerbaren- und Netz-Ausbaus wird sie als Investorin gefordert; bei der trotz volatilen Energiemix notwendigen Aufrechterhaltung der Versorgungsqualität soll sie noch die Sicherheit für Bevölkerung und Wirtschaft garantieren, und all das natürlich noch zu leistbaren Konditionen für die Kunden.

E-Wirtschaft und Krise

Als Tüpfelchen auf dem „i“ fehlte dabei gerade noch die in eine veritable Wirtschaftskrise mündende Pandemie. COVID-19 hat auch für die E-Wirtschaft dramatische Auswirkungen. Der historische Einbruch der Wirtschaftsleistung hinterlässt tiefe Spuren in der Konjunkturentwicklung. Prognosen zeigen, dass es gerade angesichts des von vielen lange ausgeschlossenen zweiten Lockdowns wohl keine „V“-Entwicklung geben wird. Will heißen: Rasch werden die Volkswirtschaften nicht auf Vorkrisenniveau klettern; eher ist mit einer Phase der Seitwärtsbewegung auf niedrigem Niveau und einer zögerlichen Erholung zu rechnen. Dazu kommt die Problematik der am Arbeitsmarkt noch länger nachwirkenden Krise. Begleitet wird diese auch von einem Rückgang der Konsumnachfrage, einer deutlich steigenden Sparquote und enormen Wertschöpfungseinbußen.

Die Betroffenheit der Branche ist vielschichtig. Einerseits kam es während der Krise zu einer Veränderung im Stromverbrauch. Seit März

ist dieser im Vergleich zur jeweiligen Vorjahreswoche permanent im Minus. Immerhin steigt der Stromverbrauch etwa seit Jahresmitte wieder an. Mit Stand Ende September war aber dennoch mit einem Minus von fünf Prozent gegenüber 2019 zu rechnen. Zeichen der Normalisierung gibt es also, vor allem, weil noch im Mai von einem Minus von 15 Prozent auszugehen war. Wirtschaftlich ist die Situation allerdings schwer zu stemmen.

Schnelle Hilfe

Dazu kommt, dass die E-Wirtschaft beim ersten Lockdown im Frühjahr nicht nur ihre Krisenfestigkeit unter Beweis stellte, sondern ebenso rasch einen freiwilligen COVID-19-Abschaltverzicht etablierte. So half die Branche in einer Zeit, in der vulnerable Bevölkerungsgruppen nicht außer Haus gehen sollten, um Überweisungen durchzuführen, und verschiedene staatliche Hilfsmaßnahmen erst langsam angelaufen sind. Dauerhaft allerdings sind solche branchenspezifischen Moratorien keine Lösung. Sozialpolitik liegt nicht im unternehmerischen Bereich.



E-Wirtschaft und Krise

Mit Lockdowns muss die Politik Wirtschaftskrisen in Kauf nehmen – umso wichtiger ist es, Hoffnungsbranchen wie die E-Wirtschaft zu stärken.

© BKA/Dragan Tatic

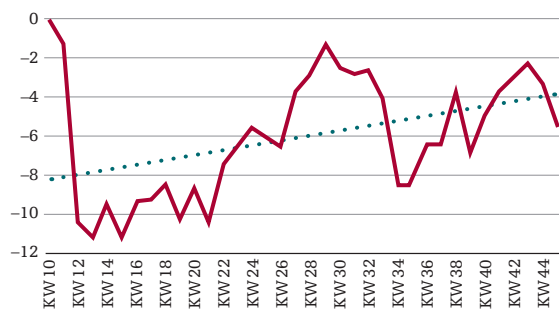
Nun, da verschiedenste staatliche Schutzschirme funktionsfähig sind, müssen Unternehmen im Sinne der Volkswirtschaft wieder unternehmerische Prinzipien in den Vordergrund rücken. Das gilt umso mehr, als der starke Rückgang der Wirtschaftsleistung auch zu einem signifikanten Anstieg des Liquiditätsrisikos in der Branche geführt hat. Dem zu begegnen ist ein Gebot der Stunde, gerade weil der unberechenbare Verlauf der Pandemieentwicklung – inklusive nicht ausgeschlossener weiterer (Teil-)Lockdowns – Zusatzrisiken birgt. Nicht zuletzt gibt es auch rechtliche Leitlinien, die marktwirtschaftliche Säulen betonen. Wird das verabsäumt, rücken Manager rasch in Richtung Untreue. Nicht zuletzt erwarten sich auch die Mehrheits-eigentümer vieler Unternehmen (Länder, Bund) Dividendenzahlungen, die dann wieder für die Krisenbekämpfung verwendet werden können.

Wettbewerbsfähigkeit

Wirtschaftsexperten warnen zudem, dass es, je länger die Krise dauert, umso schwieriger wird, COVID-19-bedingte Härtefälle von anderen Effekten zu trennen. Das gilt wohl auch für die 2021 zu erwartende Insolvenzstatistik. Hier gab es, legt man die Daten von 2019 an, wohl schon heuer verschleppte Fälle.

Negative Fieberkurve

In der Krise brach in Österreich auch der Stromverbrauch ein. Veränderung des Stromverbrauchs in Prozent ggü. der Vorjahreswoche



Quelle: Wöchentlicher BIP-Indikator der OeNB, eigene Darstellung

In der nahen Zukunft wird es von zentraler Bedeutung sein, die Wirtschaftlichkeit und damit auch Wettbewerbsfähigkeit der E-Wirtschaft ins Zentrum des unternehmerischen Handelns zu rücken. So hilft die Branche der Volkswirtschaft am meisten und kann Stehvermögen beweisen. Es ist nicht nur das Prinzip der „Sorgfalt des ordentlichen Geschäftsmannes“ zu wahren, sondern (siehe Stories S. 5 bzw. 6) eben zu gewährleisten, dass der Jobmotor Energiewende zum Laufen kommt.

Mit einem Investitionsvolumen in die Energiewende von gesamt 43 Milliarden Euro – 25 Milliarden Euro gehen in den Ausbau der Erneuerbaren und 18 Milliarden Euro in die Netzinfrastuktur – wäre die Basis für eines der größten Infrastrukturpakete der 2. Republik gelegt. Dieses Investitionsvolumen würde eine Wertschöpfung von über 30 Milliarden Euro garantieren. Auf diese Weise kann dem wegen der COVID-Krise angeschlagenen Standort geholfen werden. Und es werden qualitativ hochwertige und zudem umweltfreundliche Arbeitsplätze geschaffen.

Zur Analyse im Volltext:

<https://oesterreichsenergie.at/positionen-standpunkte/analysen.html>

Unsere Position:

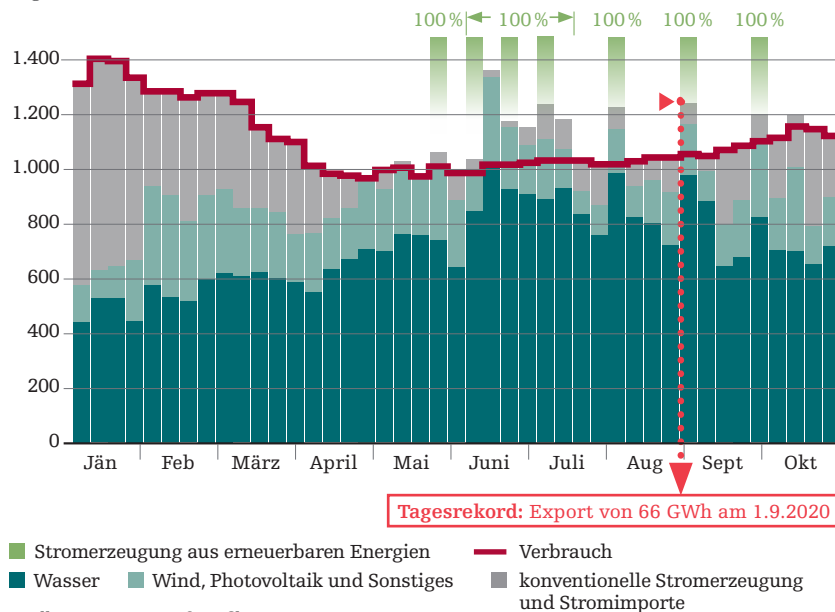
- › Sozialpolitische Maßnahmen gegen Energiearmut setzen
- › Wirtschaftlichkeit und Investitionsfähigkeit der Branche nicht schwächen
- › Energiewende als Konjunkturmotor ermöglichen
- › Investitionsfreundliches Umfeld schaffen

Mit Strom aus der Krise

Starke Erneuerbare, notwendiges Back-up

Wöchentliche Stromverbrauchsdeckung 2020 (bilanziell) seit Jahresbeginn

Angaben in GWh

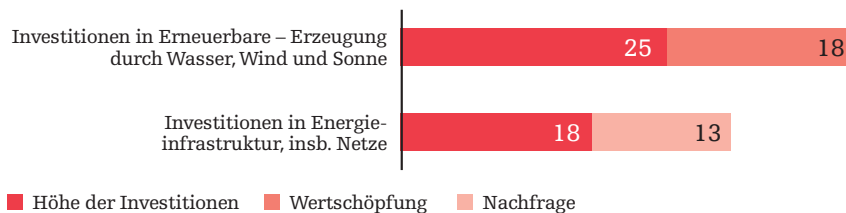


Der hohe Anteil von Wasser- und Windkraft und der coronabedingt niedrige Stromverbrauch haben dazu geführt, dass 2020 wochenweise der Strombedarf zu 100 Prozent aus erneuerbarer Energie gedeckt werden konnte. Allerdings: Gerade in den Wintermonaten ist das Back-up der thermischen Stromerzeugung von essenzieller Wichtigkeit.

Standortfaktor Strom

Investitionen in den Ausbau der Erneuerbaren und der Netze sind das beste Konjunkturprogramm

Angaben in Mrd. Euro



Manche sehen die Energiewende als zusätzliche Belastung in schwierigen Zeiten. Das Gegenteil ist richtig: Mit Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Quellen von 25 Milliarden Euro werden 18 Milliarden Euro an Wertschöpfung ausgelöst. Weitere 18 Milliarden Euro an Investitionen in die Infrastruktur, vor allem in die Netze, lösen 13 Milliarden Euro an inländischer Nachfrage aus. Die Energiewende rentiert sich also nicht nur umweltpolitisch, sondern auch volkswirtschaftlich.

Mit der Neuregelung der Netzreserve wird ein wesentlicher Schritt gesetzt. Bedenken bleiben aber bei den Regelungen zur Versorgungssicherheit.

Es ist wie beim Fußball: Wie gut das Energiesystem funktioniert und ob die Versorgungssicherheit garantiert werden kann, hängt von der Netzreserve ab – quasi einem top besetzten energiepolitischen Reservebankerl. Im Sport reüssiert oft jenes Team, das gute Spieler einwechseln kann. Im Energiesystem ist das ähnlich, denn auch hier brauchen die volatilen, aber aus Klimagründen zu Recht forcierten Erzeugungsformen Photovoltaik und Windkraft ein Back-up, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint.

Richtige Initiative

Es war daher von zentraler Bedeutung, dass die Politik die Neugestaltung der Netzreserve aus dem verschobenen EAG-Gesetzespaket (siehe Story S. 6) vorgezogen hat. Die Regierungsvorlage hilft, einen energiepolitischen Notstand zu verhindern. Damit wird fürs Erste auch Rechtssicherheit hergestellt.

Allerdings bestehen berechtigte Zweifel, ob die Tragweite des Sicherheitsbedarfs erkannt wird. Die Stromerzeugung soll mithilfe erneuerbarer Energien bis 2030 um 50 (!) Prozent (auf 81 TWh) anwachsen. Schon heute lastet aufgrund der

Volatilität bei der Erzeugung massiver Druck auf dem System. Dass seitens der Austrian Power Grid (APG) Maßnahmen zum Bewältigen von Engpässen ergriffen werden müssen, ist längst nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Die Notfallmaßnahmen der APG werden sich 2020 auf weit mehr als 100 Millionen Euro summieren (siehe Grafik).

Unwirtschaftlich

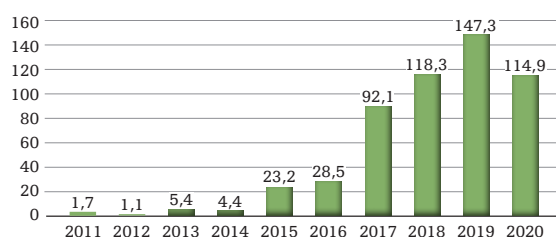
Auslöser dieser weder wirtschaftlich noch umweltpolitisch sinnvollen Situation ist der Druck auf hocheffiziente thermische Kraftwerke, einschließlich der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Diese jederzeit verfügbaren Kraftwerke sind unverzichtbar und zudem die umweltfreundlichste und günstigste Möglichkeit der Netzreserve. Allerdings ist ihr Betrieb unwirtschaftlich.

Fraglich ist, ob die Netzreserve künftig genügend Kraftwerkskapazität sichert. Offen bleibt, ob Ausschreibungen einen wirtschaftlichen Betrieb der Kraftwerke sichern können. Werden Stilllegungsverbote ausgesprochen, ist jedenfalls in der Regierungsvorlage kein vollständiger Kostenersatz für die Vorhaltung geplant.

Kosten der Netzstabilisierung

Die APG wendet jährlich mehr als 100 Millionen Euro für Notfallmaßnahmen auf.

Angaben in Mio. Euro; Zahlen bis 31. Oktober 2020



Quelle: APG

Unsere Position:

- › Auf den Faktor Versorgungssicherheit nicht vergessen
- › Die Rolle hocheffizienter thermischer Anlagen anerkennen
- › Vollen Kostenersatz für die Vorhaltung von Anlagen sicherstellen

Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz

Der verzögerte Countdown

ENERGIESTANDORT

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz muss weiter warten. Das gibt dem Gesetzgeber Zeit, um noch an kleinen Stellschrauben zu drehen.

Für involvierte Stakeholder gilt die Selbst-motivation nach dem Motto: Was lange währt, wird endlich gut. Trotz allseitiger Bemühungen wurde es mit der Verabschiedung des lange diskutierten Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) noch im Jahr 2020 nichts. Nur kurz lebte die Hoffnung auf dieses Szenario. Allzu große Aufregung ist aber nicht angebracht: Dient sie der Qualität, ist die Verschiebung um ein paar Monate keine Katastrophe. Immerhin wurde die wichtige Regelung der Netzreserve (siehe Story Seite 5) vorgezogen.

Zielzone Q1

Im ersten Quartal soll es auch mit dem Rest des großen Wurfs, inklusive Zweidrittelmehrheit, endlich so weit sein. Die Zeit für die Umsetzung der Energiewende wird allerdings immer knapper. Mit 31. Dezember rutscht man unter die 10-Jahres-Grenze. Das Unterfangen, bis Ende 2030 den Strombedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu decken, wird damit immer ambitionierter. Bis 2040 will man Klimaneutralität erreichen. Dazu müssen 27 Terawattstunden (TWh) an erneuerbaren Quellen neu ausgebaut werden. Einige Pfeiler zur Erreichung dieses

Ziels stehen: die technologiespezifischen Ausbaupfade etwa. Oder auch die Schaffung von Investitionssicherheit mit marktnahen, technologiespezifischen Marktprämien.

Wo es noch hakt

Allerdings gibt es auch Punkte, wo nachgeschärft werden muss. Ein Mangel des Entwurfs besteht darin, dass es bei Wasserkraftanlagen zu doppelten ökologischen Prüfungen kommen soll. Mit noch mehr Bürokratie die Ausbauziele erreichen zu können scheint unrealistisch. Auch bei den Energiegemeinschaften, die Kunden zu Marktteilnehmern machen, sind Kinderkrankheiten zu beobachten. Diese sollten zur besseren Integration ins Energiesystem lokal agieren, die angedachte regionale Option schafft mehr Probleme. Klar muss jedenfalls sein, dass auch sie Systemverantwortung übernehmen. Schließlich geht es – neben der zu behebenden Benachteiligung von Freiflächen-PV-Anlagen und einer mangelnden Standortdifferenzierung bei der Windkraft – auch um faire Tarifbedingungen für die Netze. Die Zeit bis zur tatsächlichen Beschlussfassung sollte man also noch sinnvoll nutzen.



Vor dem großen Wurf

Ministerin Gewessler kann das EAG endlich auf den Weg bringen – Stolpersteine sollten davor noch weggeräumt werden.

© BKA/Dragan Tatic

Unsere Position:

- › Benachteiligung der Wasserkraft vermeiden
- › Abschlag bei Freiflächen-PV reduzieren
- › Standortdifferenzierung bei Windkraft erweitern
- › Energiegemeinschaften auf lokale Ebene beschränken
- › Notwendige Netzinvestitionen berücksichtigen

Veranstaltungen

TERMINE

9.–10. März *Seminar digital* Österreichs E-Wirtschaft kompakt

Lernen Sie bei diesem Webinar wirtschaftliche und technische Zusammenhänge der E-Wirtschaft kennen, und erfahren Sie mehr über die Hintergründe und die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Erzeugung, Netze, Handel & Vertrieb und Recht. Darüber hinaus erhalten Sie Einblicke in das Energierecht und die energiewirtschaftlichen Mechanismen der EU. Weiters rundet ein Bericht über die Austrian Power Grid Control, das Nervenzentrum des österreichischen Übertragungsnetzes, das Angebot ab.

Zeit: 9.–10. März 2021; 9:00 Uhr
Ort: online
Anmeldung: akademie@oesterreichsenergie.at

21.–22. April *Kongress* Österreichs Energie Kongress 2021

So wie Österreichs E-Wirtschaft trotz Corona-Pandemie unaufhörlich an der Energiezukunft arbeitet, so wird auch Österreichs Energie Kongress von 21. bis 22. April 2021 mit Sicherheit stattfinden.

Wir planen den wichtigsten Branchentreff digital und vor Ort, was uns die notwendige Flexibilität gibt, auf aktuelle Gegebenheiten reagieren zu können. Im Rahmen des Kongresses werden wir die Chancen und Herausforderungen von Dekarbonisierung und Digitalisierung diskutieren. Wie können wir die Energiewelt von morgen gestalten? Welche Rahmenbedingungen braucht es? Und was können wir gemeinsam ganz konkret dazu beitragen? Weitere Programmdetails folgen.

Zeit: 21.–22. April 2021
Ort: digital/MuseumsQuartier Wien
Anmeldung: www.akademie.oesterreichsenergie.at

Oesterreichs Energie

ÜBER UNS



Generalsekretärin Dr. Barbara Schmidt

Oesterreichs Energie ist die Interessenvertretung der heimischen E-Wirtschaft. Deren Präsident ist aktuell VERBUND AG-Vorstandsvorsitzende Mag. Dr. Michael Strugl, MBA; Vizepräsidenten sind Dr. Leonhard Schitter, MA (Vorstandssprecher der Salzburg AG), KommR Prof. Ing. DDr. Werner Steinecker, MBA (Vorstandsvorsitzender der Energie AG Oberösterreich) und Mag. Stefan Szyszkowitz, MBA (Vorstandsdirektor der EVN AG).

Seit 1953 vertritt Oesterreichs Energie die Interessen ihrer Mitglieder in deren Tätigkeitsfeldern: Erzeugung, Netze und Handel & Vertrieb. Dabei arbeitet Oesterreichs Energie laufend mit nationalen und internationalen politischen Entscheidungsträgern, Behörden und Körperschaften zusammen und vertritt die akkordierten Positionen der gesamten Branche. Derzeit repräsentiert Oesterreichs Energie rund 140 Unternehmen, die rund 20.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, und schließt jährlich die Kollektivverträge für Arbeiter und Angestellte der Elektrizitätsunternehmen für das gesamte Bundesgebiet ab.

Die von Oesterreichs Energie vertretenen Mitglieder generieren mehr als 90 Prozent der gesamten österreichischen Stromerzeugung mit

einer Engpassleistung von mehr als 26.000 MW und einer Brutto-Stromerzeugung von mehr als 73 TWh im Jahr 2019. Darüber hinaus werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmen rund 260.000 km Leitungen betrieben und ausgebaut.

Die Leistungen der E-Wirtschaft haben weitreichende Effekte über den Sektor hinaus: Jede investierte Milliarde Euro der E-Wirtschaft bewirkt ein Produktionsvolumen von rund zwei Milliarden Euro in der gesamten heimischen Volkswirtschaft.

Pro investierter Milliarde Euro schafft beziehungsweise sichert die E-Wirtschaft 7.300 Arbeitsplätze und erhöht die Wertschöpfung in Österreich um 700 Millionen Euro.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und stehen Ihnen für Auskünfte und weitergehende Hintergrundinformationen jederzeit gerne zur Verfügung!

Generalsekretärin Dr. Barbara Schmidt
b.schmidt@oesterreichsenergie.at

Sie finden die Energiebriefe in elektronischer Form auch unter: <http://oesterreichsenergie.at/energiebrief.html>

oder unter diesem QR-Code:



Impressum
Österreichs E-Wirtschaft | Brahmplatz 3, 1040 Wien
Tel. +43 (0) 1 501 98 225 | Fax +43 (0) 1 501 98 900
www.oesterreichsenergie.at